



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 22.06.2017
*öffentlich***

Ort: Stadthaus,Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

| | |
|----------------------|--|
| Marion Krischok | Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) |
| Eberhard Doege | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Andreas Hajek | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| | Teilnahme von 17:42 |
| Ulrich Peinhardt | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Dr. Ulrike Wünscher | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| | Stellvertreterin für Herrn Sprung |
| Manuela Hinniger | Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) |
| Renate Krimmling | Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) |
| Eric Eigendorf | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) |
| | Vertreter für Herrn Rothe |
| | Teilnahme bis 17:21Uhr |
| Annika Seidel-Jähmig | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) |
| Marko Rupsch | Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen |
| Yvonne Winkler | Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM |
| | Teilnahme ab 17:09 Uhr |
| Marianne Böttcher | Sachkundige Einwohnerin |
| Hartmut Büchner | Sachkundiger Einwohner |
| Jörg Erdsack | Sachkundiger Einwohner |
| Mario Schaaf | Sachkundiger Einwohner |
| Levin Velt | Sachkundiger Einwohner |
| Heinz-Dieter Wilts | Sachkundiger Einwohner |

Verwaltung

| | |
|------------------------|-------------------------------------|
| Egbert Geier | Bürgermeister |
| Ralf Borries | Fachbereichsleiter Rechnungsprüfung |
| Renè Simeonow | Stellv. Fachbereichsleiter Finanzen |
| Sybille Brünler-Süßner | Abteilungsleiterin |
| Gunnar Schaaf | Abteilungsleiterin |
| Uta Rylke | Protokollführerin |

Entschuldigt fehlten:

| | |
|------------------|---|
| Michael Sprung | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Bernward Rothe | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) |
| Carsten Hoheisel | Sachkundiger Einwohner |
| Tobias Neumann | Sachkundiger Einwohner |

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Krischok eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung und **Frau Krischok** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.04.2017
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht über die unterjährigen Prüfungen 2016 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03106
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.04.2017

Es gab keine Einwände gegen die öffentliche Niederschrift vom 27.04.2017.

Die sachkundigen Einwohner gaben ein einstimmig zustimmendes Votum ab.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht über die unterjährigen Prüfungen 2016 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2017/03106

Herr Borries gab eine kurze Einführung in den Bericht. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass dieser Bericht den bisherigen Teil B des Berichts zur Prüfung des Jahresabschlusses ersetzt, um zeitnah über die Prüfungen des letzten Jahres Bericht erstatten zu können.

Bei mehreren Prüfungen wurde seitens der Rechnungsprüfung festgestellt, dass das in dem geprüften Fachbereich vorhandene interne Kontrollsystem einer weiteren Optimierung bedarf.

Hierbei konnte auch festgestellt werden, dass teilweise die vorhandenen Verwaltungsvorschriften nicht zeitnah aktualisiert bzw. erneuert wurden.

Herr Borries stellte fest, dass sein Fachbereich in nächster Zeit weiterhin in großem Umfang mit Vergabeproofungen und Verwendungsnachweisprüfungen beschäftigt sein wird.

Herr Wilts fragte zum Punkt 48, der gesetzlichen Streichung der Vorprüfung, was dieses bedeutet.

Herr Borries antwortete, dass in der Gemeindeordnung bis zur Streichung die Vorprüfung von Verwendungsnachweisen, also von Fördermitteln, als gesetzliche Aufgabe enthalten war. Nachdem die Kommunen darauf verwiesen hatten, dass die Verwendungsnachweisprüfung Aufgabe des Landes ist, wurde das in der Gemeindeordnung des LSA gestrichen. Ein Problem ist, dass es über Nebenbestimmungen in den Fördermittelbescheiden letztendlich doch wieder Aufgabe der Kommune wurde.

Ende 2012 wurde der Stadtratsbeschluss herbeigeführt, dass der Fachbereich Rechnungsprüfung doch wieder Verwendungsnachweisprüfungen machen darf, sofern es vom Fördermittelgeber verlangt wird, obwohl es nicht mehr gesetzliche Aufgabe ist.

Herr Wilts ging auf die Prüfung im Bereich SGB II ein. Er wollte wissen, wie hinsichtlich der Beanstandungen mit dem Jobcenter verfahren wurde.

Frau **Brünler-Süssner** erläuterte, dass der Prüfbericht dem Jobcenter und dem Fachbereich Soziales zur Verfügung gestellt worden ist. Es wurden alle offenen Fragen geklärt, bis auf die hier im Bericht enthaltene Angelegenheit. Bis auf den einen Fall sind keine weiteren Mängel

festzustellen. Dieser offene Fall wird noch bearbeitet, so dass noch keine Aussagen getroffen werden können.

Herr Borries wies darauf hin, dass es einen Fall gibt, bei dem die Rechnungsprüfung und das Jobcenter unterschiedlicher Rechtsauffassung sind. Hier werden gegenwärtig die unterschiedlichen Standpunkte ausgetauscht.

Herr Wilts ging auf den Punkt 170 ein. Er hob die Zusammenarbeit der Stadt mit Transparency International positiv hervor. Bezogen auf das Thema Korruption fand er es verwunderlich, dass von 33 Verwaltungseinheiten 11 keine Belehrung durchgeführt haben.

Herr Borries erwiderte, dass 11 den Nachweis nicht erbracht haben. 1 hat sich gemeldet und mitgeteilt, dass vergessen wurde, den Nachweis zuzusenden.

Herr Wilts bat um Nachprüfung dieser Verwaltungseinheiten und einen Bericht dazu.

Dies sagte **Herr Borries** zu.

Durch **Herrn Wilts** wurde nachgefragt, ob Listen in der Verwaltung existieren, in denen der Nachweis über erhaltene Geschenke erbracht wird und wenn ja, sind diese eingesehen worden?

Herr Borries antwortete, dass jeder Fachbereich die Annahme von Geschenken zu genehmigen hat, die oberhalb der Grenze liegen. Dies wird in den Fachbereichen unterschiedlich gehandhabt. Es wurden keine Listen vorgeschrieben.

Herr Wilts ging auf die Empfehlungen von Transparency International ein, wo seines Erachtens hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung Listen vorgeschrieben werden. Dies bat er bei allen Bereichen, einschließlich des Bereiches des Hauptverwaltungsbeamten zu prüfen. Er kündigte an, dass nach Absprache mit seiner Fraktion dies als Antrag zur nächsten Sitzung eingebracht wird.

Er wies darauf hin, dass man als Mitglied die Empfehlungen zu beachten hat, wenn man mit dieser Organisation zusammen arbeitet und dies ernst nimmt.

Durch **Herrn Peinhardt** wurde zu den Punkten 62 bis 64 angefragt, in denen es um die Überzahlung an das Kraftfahrtbundesamt geht. Gibt es zu den 576.000 Euro zwischenzeitlich ein Update?

Frau Brünler-Süssner teilte mit, dass das Kraftfahrtbundesamt dies bearbeitet und wohl auch eine Rückzahlung errechnet worden ist. Der Vorgang ist allerdings dort noch nicht abgeschlossen. Es wird mit einer Antwort demnächst gerechnet, so dass noch keine Auskunft zu der Höhe der Rückzahlung gegeben werden kann. Sie sagte zum gegebenen Zeitpunkt eine Information zu.

Herr Geier ergänzte, dass bei ihm vor einigen Wochen ein Telefonat dazu eingegangen ist und eine Rückzahlung von 500.000 Euro angekündigt worden ist.

Herr Peinhardt fragte, ob diese Rückzahlungsmittel haushaltswirksam werden.

Herr Geier antwortete, dass dieses Geld dann zusätzlich im Haushalt eingeht.

Herr Rupsch fragte zu den Verwaltungsvorschriften im Bereich Vergabe nach. Wie ist der aktuelle Stand der Überarbeitung und welches Zeitfenster ist hierfür vorgesehen?

Herr Borries erklärte, dass die derzeitige Vergabeordnung nicht mehr dem aktuellen Rechtszustand entspricht. In der Praxis wird das neue Recht dort bereits angewendet, wo dies nicht mehr zutreffend ist. Er steht hierzu im Kontakt mit dem Fachbereich Recht. Es soll eine neue Vergabeordnung, die dann nicht mehr so spezifiziert ist wie die alte Fassung, noch vor der nächsten Sitzung dieses Ausschusses heraus gegeben werden. Die neue Vergabeordnung wird flexibler zu handhaben sein.

Herr Geier sprach ergänzend an, dass in der unterjährigen Prüfung des Fachbereichs Rechnungsprüfung auch noch ein Hinweis auf die Verwaltungsvorschrift zur Haushaltsausführung war. Die Vorarbeiten für das Haushaltsjahr 2018 werden im Fachbereich Finanzen im Juli fertiggestellt, so dass danach diese Verwaltungsvorschriften angepasst werden.

Frau Krischok bat um Aussagen zum Personal, hier im Bericht Punkt 143.

Dazu erfolgt noch die Beantwortung.

Frau Winkler wollte wissen, ob es Aussagen vom Kraftfahrtbundesamt gibt, dass dieses auf die Verjährungsfrist verzichtet.

Herr Geier sagte eine Beantwortung zu.

Herr Büchner sprach den Punkt 33 an. Dort ist als Termin der 18.04.2016 vorgegeben worden. Dieser Termin muss angepasst werden.

Herr Borries antwortete, dass bis zur nächsten Sitzung diese Verwaltungsvorschrift, wie vorab angesprochen, erlassen sein wird. Der 18.04.2016 war deswegen das ursprüngliche Ziel, weil zu diesem Zeitpunkt das neue Vergaberecht in Kraft getreten ist und damit weitreichende Veränderungen in der Vergabe erfolgt sind.

Herr Büchner ging auf den Punkt 141 ein. Es wird von einer 100%igen Auszahlung an Unternehmen, die eine Leistung erbracht haben, ausgegangen, d. h., es wurde bezahlt.

Herr Borries wies darauf hin, dass dies noch nicht bezahlt wurde, man wollte dies bezahlen, die Rechnungsprüfung hat dies gestoppt.

Herr Büchner fragte, wie so etwas bewertet werden muss.

Herr Borries verwies auf die gängige Praxis zum Jahresende hin.

Herr Rupsch sprach an, dass es Hinweise gibt, dass es Probleme mit dem Personal gibt, was dazu führt, dass Vorhaben zu lange dauern bzw. nicht richtig geprüft werden können. Dazu wurde bereits im Stadtrat gesprochen.

Er ging auf die Ziffer 133, Projekt Golfplatz am Hufeisensee, ein. Er fragte, ob es aus dem erfolgten Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes Lehren gab.

Herr Geier erläuterte, dass es eine erste interne Abstimmung zum Haushalt 2018 gegeben hat, wo es u. a. auch um die Frage der Stellenplanung ging. Es wird noch eine gesonderte Zusammenkunft der Beigeordneten geben, in welcher über besondere Stellenbedarfe – auch auf Grund des Hinweises des Fachbereiches Rechnungsprüfung – diskutiert werden kann.

Herr Borries ging auf die Frage zum Golfplatz am Hufeisensee ein. Dieses Thema war Gegenstand der Beigeordnetenkonferenz. Es gab klare Anweisungen des Oberbürgermeisters, dass entsprechend der Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes

zukünftig zu verfahren ist.

Herr Rupsch fragte zur Ziffer 169, zur Überarbeitung des Ehrenkodexes für politische Mandatsträger nach. Er wollte die Zeitschiene bis zur Vorlage der Beschlussvorlage wissen.

Herr Geier sagte eine Beantwortung zu.

Durch **Herrn Peinhardt** wurde die Ziffer 143 angesprochen, bei der es seiner Ansicht nach um ein Zukunftsszenario geht.

Herr Borries erwiderte, dass ihm eine Prognose vorliegt, die davon ausgeht, dass in den nächsten zwei Jahren die Vergaben auf ca. 273 % oder 292 % im Vergleich zu 100 % (250 Vergaben pro Jahr) ansteigen.

Herr Peinhardt fragte nach dem Basisjahr.

Durch **Herrn Borries** wurde geantwortet, dass als Basisjahr das Jahr vor vier Jahren, bevor die Flut war, genommen wurde. Auf Grund dieser Prognose und der Aufzählung der Maßnahmen, die in nächster Zeit zu erwarten sind, hat die Rechnungsprüfung festgestellt, dass im Vergabe- als auch im Baubereich personelle Verstärkung erforderlich sein wird, um diese Maßnahmen ohne Zeitverlust abarbeiten zu können.

Dazu sind Bedarfsanmeldungen erfolgt, von denen gehofft wird, dass diese im Stellenplan bestätigt werden.

Herr Peinhardt erwiderte, dass bereits jetzt signalisiert wurde, dass die Belastungsgrenze erreicht wurde. Er bat darum, dass die Kämmererei von den letzten zwei Jahren die Vergabe- und Bauvolumen vorlegt, um eine Tendenz erkennen zu können und dem gegenüber die Planstellen in den genannten Bereichen stellt. Gleichfalls bat er darum, dass auch die HAVAG-Zahlen mit reinzurechnen sind, auch wenn diese keine Bauleistung der Stadt sind.

Herr Geier antwortete, dass er sich mit Herrn Schwarz von der HAVAG in Verbindung setzen wird, um Eckdaten zu besorgen. Das Stadtbahnprogramm liegt von der Abarbeitung und Zuständigkeit her bei der HAVAG. Dies wurde aus Gründen der Vereinfachung der Abläufe und der guten Erfahrungen mit dem Riebeckplatz und Neustadt so beibehalten.

Im Stellenplan der Stadt ist die Vergabestelle im Fokus. Es wird den Vorschlag geben, hier zwei zusätzliche Personalstellen zu schaffen. In welchen Bereichen noch zusätzliche Stellen erforderlich sind, wird in dem Gespräch mit den Fachbereichsleitern geklärt.

Herr Borries wies darauf hin, dass es in dem Bericht um die städtischen Personalstellen geht. Die HAVAG ist hier außen vor.

Herr Peinhardt bat dennoch um die Beibringung der gewünschten Zahlen von der HAVAG.

Herr Geier verwies auf die zugesagte Rücksprache mit Herrn Schwarz.

Herr Doege wollte wissen, ob das Vertragsverhältnis der Stadt Halle (Saale) mit der SALEG Gegenstand von Prüfungen war.

Herr Borries antwortete, dass dies in den letzten Jahren nicht Prüfgegenstand war.

Herr Schaaf ergänzte, dass jedes Jahr eine Zwischenrechnung zu den Baumaßnahmen durchgeführt wird. Seit 2016 ist diese Tätigkeit der EVG übertragen worden und auch diese ist Gegenstand von Prüfungen. Es erfolgen auch regelmäßig Zwischenabrechnungen.

Herr Doege fragte, ob ein gesonderter Zwischenbericht erfolgt ist.

Durch **Herrn Schaaf** wurde geantwortet, dass dies in den sechs Jahren, in denen er diesen Vorgang prüft, nicht erfolgte.

Frau Böttcher fragte zur Ziffer 101 Kassenautomaten in der Südstadt nach. Sie bat dies zu erläutern.

Frau Brünler-Süßner erklärte, dass die Ausgabe von Geldern unter dem Vier-Augen-Prinzip erfolgt. Im Fachbereich Soziales gibt es einen Kassenautomaten. Die Auszahlung wird von dem Sachbearbeiter veranlasst. Der Klient kann sich am nächsten Tag sein Geld am Automaten abholen. Da der Vorgang der Prüfung nicht zeitgleich abläuft, wurde dies bemängelt.

Herr Wilts fragte, ob alle Belege oder nur eine Stichprobe geprüft wurde.

Frau Brünler-Süßner erwiderte, dass die Listen erst im Nachgang geprüft worden sind. Ob jede Rechnung einzeln von der Sachbearbeiterin geprüft wird kann sie nicht sagen.

Herr Borries ergänzte, dass sein Fachbereich bemängelt hat, dass die Zahlungsvorgänge erst einen Tag später angeschaut werden. Mit dem zuständigen Fachbereich wird derzeit überlegt, wie dies anders organisiert werden kann.

Herr Wilts sprach an, dass er wissen möchte, ob tatsächlich das Vier-Augen-Prinzip eingehalten wird und bat dies zu prüfen.

Herr Borries sagte dies zu.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung über die unterjährigen Prüfungen 2016 der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis.

zu 7.2 Information zu einem Abschlussgespräch mit dem Landesrechnungshof

Herr Borries informierte darüber, dass am 06.07.2017 das Abschlussgespräch mit dem Landesrechnungshof zur Personalprüfung stattfindet.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Frau Krimmling zur Verfahrensweise zum TOP 7.1

Frau Krimmling fragte, wieso die Vorlage unter dem TOP 7.1 nicht als Beschlussvorlage vorgelegt worden ist.

Herr Borries erwiderte, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit handelt, die lediglich der Kenntnisnahme und nicht zur Beschlussfassung dient. Demzufolge wurde der Bericht als Informationsvorlage vorgelegt.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Krischok beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Marion Krischok
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin